

grüne welle

das magazin für grüne politik in schleswig-holstein



Kein CO₂-Endlager in Schleswig-Holstein

landesverband | Seite 4

Fraktionsreise: Wasserkraft, Elektromobile und Gleichstellung in Norwegen

landtag | Seite 6

Kampf gegen die Fehmarnbelt-Querung geht weiter *bundestag | Seite 13*



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



Liebe Freundinnen und Freunde,

immer mehr Menschen sind überzeugt, dass man die Wirtschaftskrise nicht auf Kosten der Umwelt bewältigen kann. Bei der EU-Wahl haben 13,5 Prozent der WählerInnen in Schleswig-Holstein für einen grundlegenden Strukturwandel in der Wirtschaftspolitik, für einen „Green New Deal“, gestimmt. Sie wissen, Ökonomie und Ökologie dürfen nicht länger gegeneinander ausgespielt werden. Für ein „weiter so“ ist keine Zeit mehr. Wir brauchen eine Neuausrichtung der Wirtschaft, die zukunftsfähige Arbeitsplätze schafft und den Klimawandel stoppt.

Bei der großen Koalition ist diese Erkenntnis noch immer nicht angekommen. Sie setzt auf mehr Autoverkehr und die feste Fehmarnbeltbrücke, sie will neue Kohlekraftwerke bauen und Nordfriesland und Ostholstein zur Treibhausgasdeponie machen, sie beschließt eine Schuldenbremse, ohne einen Plan, wie sie diese einhalten soll. Die CDU trifft die falschen Entscheidungen im Alleingang, und die SPD steht in der Schmollecke. Sie hat sich mit ihrer Furcht vor Neuwahlen in die totale politische Defensive manövriert. Die CDU hat sie in der Hand.

Wir Grüne gewinnen dagegen an Zustimmung und an Mitgliedern. Nach dem guten Ergebnis bei den Kommunalwahlen vor einem Jahr haben wir erneut zweistellig abgeschlossen und sind damit drittstärkste Kraft im Land. Euch allen einen herzlichen Dank für den enormen Einsatz, ohne den dieses hervorragende Ergebnis nicht möglich gewesen wäre.

Doch wachsende Zustimmung nützt nichts, wenn wir sie nicht in politische Gestaltung umsetzen. Jeder weiß, die Parteien-Landschaft ist unübersichtlich. Wenn wir nicht andere über uns bestimmen lassen wollen, müssen wir so stark werden, dass wir über die Art und die Inhalte der nächsten Regierung bestimmen können. Wir sind auf einem guten Weg. Die EU-Wahl war der Auftakt für ein langes Wahlkampfjahr. Gemeinsam werden wir es siegreich beenden!

Eure

Marlies, Robert, Marlene und Markus

E.ONs neuester Streich

Von Robert Habeck

Im letzten Jahr überraschten die Kreisverwaltungen die frisch gewählten Fraktionen damit, dass die Kreisanteile an der E.ON Hanse AG in eine neue Netz-Gesellschaft überführt werden sollen. Jetzt soll die Eigentumsform erneut geändert werden, alles wie üblich unter großem Zeitdruck und ohne breite Diskussion. E.ON bietet den Gemeinden, die ihre Konzessionsverträge (die die kommunalen Durchleitungsrechte regeln) bei E.ON neu abschließen oder verlängern an, Anteile an der Netzgesellschaft zu kaufen.

Dass sie das tun, zeigt, dass passiert, was wir seit langem fordern und für richtig halten: Die Gemeinden überlegen, den Netzbetreiber zu wechseln oder die Netze selbst zu betreiben. Dafür gibt es viele gute Gründe, nicht zuletzt den, dass der Gewinn in der Region bleibt und nicht an Aktionäre in Düsseldorf ausgeschüttet wird. Dumm ist allerdings, dass die Kreise selbst auch Aktionäre sind. Meist hängen die Kulturstiftungen und Servicebetriebe an den E.ON-Dividenden. Es gibt also einen echten Interessenkonflikt.

Die Kreispolitik hat ein Interesse zu verhindern, dass die Gemeinden ihre guten Rechte wahrnehmen. Deshalb sollten die Kreise ihrerseits prüfen, ob sie nicht ihre Anteile veräußern oder besser noch – ab 2014 ist das nach den Verträgen über die Netzgesellschaft möglich – die Netze vollständig rekommunalisieren. Werden die Gemeinden jedoch jetzt in die NetzAG geholt, ist absehbar, dass es beim nächsten Auslaufen der Konzessionsverträge keinen freien Wettbewerb bei der Netzvergabe geben wird. ●

▶ Infos und Hilfe bietet die LAG Energie,
Kontakt: lag.energie.sh@gruene.de

Kahlschlag für den Naturschutz

Die Landesregierung legt erneut die Axt an. Mit der geplanten Änderung des Landeswaldgesetzes verliert der Landeswald endgültig seine ökologische Vorbildfunktion.

Von *Marlies Fritzen*

Mit der Übertragung des Landeswaldes in eine Anstalt öffentlichen Rechts geriet der öffentliche Forst 2007 unter verschärften ökonomischen Druck. Vorgaben für eine naturnahe Waldbewirtschaftung wurden gestrichen. Gewinnmaximierung durch Holzverkauf steht seitdem ganz oben auf der Agenda.

Das vom Grünen Umweltminister Klaus Müller 2004 vorgelegte Gesetz formulierte klare ökologische Standards für die Bewirtschaftung der öffentlichen Wälder. Heimische Pflanzenarten sollten bevorzugt, auf chemische Düngung zum Schutz des Grundwassers verzichtet werden. Tot- und Altholz wurde als Lebensraum für Insekten und Pilze, als Brutplatz für Spechte und Fledermausquartiere erhalten. Die Entwässerung in den Wäldern war zugunsten von Kleingewässern und feuchten Waldbereichen eingeschränkt. Ein Teil des Waldes sollte gänzlich der Natur überlassen und von jeglicher wirtschaftlichen Nutzung ausgenommen werden.

Grundlegend war der Gedanke, dass dem in öffentlichem Besitz liegenden Wald eine besondere Rolle zukommt. Eine Rolle, die den verschiedenen Nutzungsansprüchen wie Holzproduktion und Erholungsraum für die Menschen sowie Biotoperhaltung und Schutz der Pflanzen- und Tierwelt gleichermaßen gerecht werden sollte. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf werden diese am Gemeinwohl orientierten Zielsetzungen zurück genommen. Ökonomische Interessen stehen klar im Vordergrund, auf Kosten von Natur- und Artenschutz.

Neben diesem ökologischen Kahlschlag will die große Koalition den Menschen zukünftig auch das Betreten der Wälder abseits von Wegen wieder verbieten.

Ein solches Wegegebot gibt es in keinem anderen Bundesland, die rot-grüne Landesregierung hatte es 2004 auch für Schleswig-Holstein aufgehoben. Die Erfahrungen seither zeigen, dass es aus naturschutzfachlicher Sicht keinen Grund für ein Betretungsverbot

Störungen durch Spaziergänger, Pilzsammler oder Vogelbeobachter durch zeitlich begrenzte, weiträumige Absperungen ihrer Brutplätze wirksam geschützt werden.

Das Wegegebot ist also rein ideologisch begründet. Selbst die Naturschutzverbände lehnen ein generelles Betretungsverbot ab. Sie befürchten wohl nicht zu Unrecht, dass weniger Uhu und Schwarzstorch als vielmehr Jäger und



Das Wegegebot lehnen wir ab. Empfindliche Arten können auch mit den bestehenden Möglichkeiten wirksam geschützt werden.

gibt. Nur wenige Menschen verlassen die vorgegebenen Wege, um z. B. einen umgestürzten Baum, einen Tümpel oder einen Ameisenhaufen näher zu betrachten. Kaum ein Waldspaziergänger läuft querfeldein und zerstört sensible Bereiche. Die Freude an der Naturbeobachtung geht im Gegenteil mit der Achtung vor der Natur einher.

Empfindliche Arten wie Seeadler oder Kranich können auch mit den bestehenden rechtlichen Möglichkeiten vor

Holzfäller, für die das Verbot nicht gelten soll, vor unliebsamen Beobachtern geschützt werden sollen.

Mit dem Grundsatz Ökonomie vor Ökologie und dem Betretungsverbot für Wälder verlängert die große Koalition ihr naturschutzpolitisches Sündenregister. Die SPD hat zwar wie immer angekündigt, mit ihr sei das nicht zu machen. Indes, es wäre das erste Mal seit vier Jahren Schwarz-Rot, dass sie am Ende nicht doch umfällt. ●

Kein CO₂-Endlager in Schleswig-Holstein

RWE plant, im Norden unseres Landes ein riesiges unterirdisches CO₂-Endlager zu errichten.

Die Risiken sind unkalkulierbar, der Nutzen für den Klimaschutz ist mehr als zweifelhaft.

Von Robert Habeck

Politiker labern nur, lautet ein oft gehörtes Vorurteil. Aber manchmal wünschte man sich, dass es doch nur so wäre. Während die Bevölkerung sich noch gar keine Meinung gebildet hat, hat die schwarz-rote Bundesregierung schon längst einen Pflock eingeschlagen – oder besser: wird ihn ins Erdreich sprengen. Die Rede ist von der Lagerung abgeschiedenen Kohlendioxids.

Im Spätsommer, wenn die Erntesaison vorbei ist, wird RWE im Norden Schleswig-Holsteins mit Probesprengungen beginnen, um die „salinen Aquifäre“ unter der Geest zu erkunden. Südwestlich von Flensburg bis nach Dagebüll. Parallele Planungen laufen für den Preetzer Raum, die Ostsee und das Wattenmeer. Allein für den Norden sind 10.000-15.000 Sprengungen mit der Wucht von 1,5 Kg TNT geplant. Die betroffenen Gemeinden wurden am



Grüne demonstrieren mit der Bürgerinitiative gegen CCS.

27. April 09 angeschrieben und sollten innerhalb von zwei Tagen eine Stellungnahme abgeben, eine Frist, die jeder ehrlichen Beteiligung Hohn spricht. Außerdem haben sie, da die Untersuchungen nach dem Bergrecht durchgeführt werden, nur ein Anhörungsrecht, auf ihr Einvernehmen muss RWE nicht warten.

Aber innerhalb weniger Wochen ist die Bevölkerung aufgewacht. Eine Bürgerinitiative hat sich gegründet (www.keinco2-endlager.de), die Bürgermeister (auch der CDU) suchen alternative Informationen und wenden sich an Naturschutzverbände und Grüne, die Presse berichtet mehr als kritisch. Ein kurioses Bündnis zwischen Bauern, Immobilienbesitzern, Naturschützern, Heimatliebenden und Kohlekraftgegnern ist entstanden.

Haftungsfragen sind völlig unzureichend geklärt, die ökologischen Risiken nicht bekannt, die Technologie nicht ausgereift. Und: Schleswig-Holstein ist das Land der Erneuerbaren Energien.

Dass ausgerechnet hier die Rechtfertigung für neue NRW-Kohlekraftwerke errichtet werden soll, schädigt die neuen grünen Wirtschaftszweige im Land. CO₂-Lagerung steht in einer Konkurrenz zu Geothermie und der Nutzung unterirdischer Kavernen als Druckluftspeicher für Windenergie.

Der kurzfristige Meinungsumschwung der CDU ist so wenig glaubhaft, wie die Doppelzüngigkeit der SPD. Wer gegen CCS ist, kann nicht für Kohlekraftwerke sein. Der Widerstand hat erst begonnen. Denn neben politischem Widerstand hätte die Landesregierung eine starke Rechtsmöglichkeit, die CO₂-Lagerung zu verhindern. Sie könnte nach dem Bundesberggesetz eine weitergehende Beteiligung der Gemeinden vorschreiben. Dass sie es nicht tut, auch die SPD nicht, lässt darauf schließen, dass sie es nicht tun will. Also werden wir es machen müssen. ●



CO₂ im Erdbereich zu lagern, ist die falsche Antwort auf den Klimawandel.

Liebe Freundinnen und Freunde!

Diese Regierung haben wir nicht verdient.

Angesichts der globalen Klima- und Wirtschaftsprobleme und der immer weiter aufklaffenden Schere zwischen Arm und Reich brauchen wir in Schleswig-Holstein wieder eine Regierung, die kluge Entscheidungen trifft. Aber anstatt das Land kompetent und ideenreich durch diese schwierige Zeit zu führen, verunglimpfen sich CDU und SPD gegenseitig und finden nur noch zusammen, wenn es darum geht, Neuwahlen zu verhindern. Das Versagen von vier Jahren Haushaltspolitik versuchen sie zu übertünchen, indem sie große Sparpakete für die Zukunft ankündigen. Die Suppe sollen dann andere auslöffeln.

Versagt haben CDU und SPD auch bei der Steuerung und Kontrolle der HSH Nordbank. Hamburg und Schleswig-Holstein haben 13 Milliarden Euro an Krediten und Garantien bewilligt, ohne dass klar ist, ob das neue Geschäftsmodell trägt. Um die Verantwortung der Landesregierung für dieses Desaster zu klären, hat der Landtag auf Antrag von GRÜNEN, FDP und SSW einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss eingesetzt.

Wir wollen uns aber nicht nur mit der Vergangenheit beschäftigen, sondern vor allem mit der Zukunft. Deshalb sind wir nach Oslo gereist und haben mit PolitikerInnen, Umweltorganisationen, mit der Wirtschaft und Energieversorgern darüber diskutiert, wie wir ganz Europa zukünftig zu 100 Prozent mit Erneuerbarer Energie versorgen können.

Zukunftsvisionen brauchen wir auch für den Bildungsbereich. Deshalb begrüßen wir es, dass die ErzieherInnen für Lohn und bessere Arbeitsbedingungen kämpfen und haben außerdem einen Landtagsantrag für eine landesweit einheitliche Sozialstaffel eingebracht, damit zukünftig alle einkommensschwachen Familien in Schleswig-Holstein von den Kita-Gebühren freigestellt werden.

Monika Heinold, Parlamentarische Geschäftsführerin



Parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur HSH Nordbank muss Verantwortlichkeit klären

Von *Monika Heinold*

Die HSH Nordbank hat bis Juli 2005 Kredite in Höhe von 64 Milliarden Euro aufgenommen, obwohl bei der regionalen Wirtschaft dafür gar keine Nachfrage bestand. Das aufgenommene Geld nutzte die HSH Nordbank für riskante Spekulationsgeschäfte, in der Hoffnung, hohe Gewinne einzufahren. Das Ergebnis dieser Geschäftspolitik sind 2,8 Milliarden Euro Verlust, allein im Jahr 2008!

Um zu klären, wer dafür Verantwortung trägt, haben wir gemeinsam mit FDP und SSW einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) beantragt. Der PUA soll bis Ende des Jahres aufklären, ob die Regierungsmitglieder im Aufsichtsrat ihre Verantwortung gewissenhaft wahrgenommen haben, ob die Landesregierung das Parlament bei der Erarbeitung eines Rettungskonzeptes für die Bank zeitnah und vollständig informiert hat und ob die Landesregierung das neue Geschäftsmodell für die HSH Nordbank tatsächlich gewissenhaft und unabhängig von den Interessen des Bankenvorstandes erarbeitet hat.

Eines steht aber schon jetzt fest: die hohen Verluste der Bank könnten Schleswig-Holstein finanziell in den Ruin treiben. Alle Mitglieder des Ausschusses müssen deshalb ein hohes Interesse daran haben, die Verantwortlichkeiten zu klären und die Maßstäbe für die Zukunft zu definieren. ●



Die hohen Verluste der Bank könnten unser Land in den Ruin treiben.

Wasserkraft und Gleichstellung in Norwegen

Von Karl-Martin Hentschel

Die Fraktion hat eine viertägige Informationsreise nach Oslo unternommen – mit hoch spannenden Ergebnissen:

Norwegen hat Wasserstrom im Überfluss. Wenn wir in Deutschland künftig einen Großteil unseres Stroms mit Windkraft erzeugen, dann kann der norwegische Wasserstrom eine große Hilfe sein, um die Schwankungen bei der Windstromerzeugung auszusteuern. In Oslo konnten wir dieses Thema mit zahlreichen kompetenten Gesprächspartnern diskutieren: Mit der Außenhandelskammer, den Ministerien für Öl und Energie sowie für Umwelt, VertreterInnen der staatlichen Strom-, Energie- und Netzgesellschaften, zwei Umweltorganisationen, VertreterInnen der Grünen und der Volkssozialisten.

Zu unserer Überraschung hat die norwegische Energiewirtschaft fertige Konzepte für ein Netz von Seekabeln.



Besuch der kleinsten Autofabrik der Welt in Oslo: Strom aus Wasserkraft macht Elektroautos günstig und umweltfreundlich. Das Elektroauto „Buddy“ verkauft sich gut.

Ein Kabel nach Dänemark und eins in die Niederlande gibt es schon. Nach Niedersachsen ist eins in Planung. Allerdings bedarf der Bau von Kabeln über die Nordsee nach Deutschland einer Änderung des „Erneuerbare



Die norwegischen Grünen würden bei den anstehenden Wahlen gern in das Regierungsgebäude (Hintergrund) einziehen. In der Mitte: Spitzenkandidatin Hanna Marcussen

Energien Gesetzes“, da bislang der Windstrom aus Offshore-Anlagen nicht ins Ausland geliefert werden darf.

Es gibt aber auch weitere offene Fragen: Umweltprobleme treten vor allen bei den Stauseen auf, die mit sanftem Gefälle nach Osten in die Flüsse abfließen. Denn die Ökologie eines Flusses ver-

Ein großes politisches Problem ist auch der niedrige Strompreis in Norwegen, der dazu geführt hat, dass in Norwegen die Häuser überwiegend mit Strom (aus Wasserkraft – also top ökologisch) geheizt werden. Teile der Industrie und viele BürgerInnen fürchten deshalb, dass der Bau von Seekabeln mittelfristig zu einer Erhöhung der Strompreise führt.

Ein weiteres Thema der Reise war die Gleichstellung. Norwegen ist das einzige Land der Welt, in dem die Aufsichtsräte von öffentlichen und von börsennotierten Unternehmen quotiert sind. Mindestens vierzig Prozent der Sitze müssen durch Frauen besetzt sein.

Das Gesetz ist konsequent: Einer Firma, die sich trotz Verwarnung nicht an die Regel hält, droht die Auflösung. Zwei Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzes sind daher 40,1 Prozent aller Sitze mit Frauen besetzt. Dem Einwand, es gäbe nicht genügend qualifizierte Kandidatinnen, wurde mit der Einrichtung einer Datenbank für Führungskräfte begegnet.

trägt es schlecht, wenn dessen Zuflüsse regelmäßig massiv von Menschenhand verändert werden. Die andere Hälfte der Stauseen, die steiler zum Atlantik hin das Wasser ablassen, ist dagegen weniger problematisch.

Und – oh Wunder: Keine Firma ist daran pleite gegangen und keine Firma wurde aufgelöst. Inwieweit der höhere Frauenanteil auch zu einem Wandel in der Unternehmensführung und -kultur führen wird, bleibt abzuwarten. ●

Den Rahmen für ganzheitliches Lernen schaffen

Von Angelika Birk

ErzieherInnen streiken bundesweit für ihre Gesundheit und mehr Gehalt. Recht haben sie. Straßenreiniger müssen im Straßenlärm ähnliche Lautstärken aushalten, haben aber keinen Bildungsauftrag zu erfüllen und verdienen jedoch



Viele Kindergärten bleiben leer, weil die ErzieherInnen bundesweit für ihre Gesundheit und mehr Gehalt streiken.

mehr. Auch wenn die Kommunen die Hauptverantwortung für die Kindertagesstätten haben, setzt das Land mit dem Kindertagesstättengesetz den Rahmen. Unsere kleine Anfrage zu den Rahmenbedingungen des Bildungsauftrages in den Kindertagesstätten (Drs. 16/2680) zwingt deshalb die Landesregierung, zur Zukunft des Erzieherberufes Farbe zu bekennen.

Leider versäumte es das Bildungsministerium, bei der Genehmigung der Baumaßnahmen des Konjunkturpaketes II den Lärmschutz in Kindertagesstätten und Schulen als Bauanforderung vorzuschreiben. Unsere Anträge hierzu wurden von der Landtagsmehrheit auf die lange Bank geschoben. Wir bleiben dran.

Dran bleiben am Schul- und Studierenerfolg, das wollen auch Schülerschaft und Studierende. Sie engagieren sich lautsstark gegen neue Auslesemechanismen, für ganzheitliches Lernen und mehr Bildungsgerechtigkeit. Die Grüne Landtagsfraktion lehnt das neue Hochschulzulassungsgesetz ab und fordert die Landesregierung dringend auf, mit den Hochschulen über eine sofortige Verbesserung der Lehre zu verhandeln. ●

Beitragsfreie Kindertagesstätte für einkommensschwache Familien

Von Monika Heinold

Gerade in der Wirtschaftskrise müssen Familien doppelte Unterstützung erhalten. Darum fordern wir die Landesregierung auf, gemeinsam mit den Kommunen dafür Sorge zu tragen, dass Kinder aus einkommensschwachen Familien die Kindertagesstätte beitragsfrei besuchen können und dass es zukünftig eine landesweit einheitliche Sozialstaffelregelung gibt.

Die Gefahr, dass Kinder aus der Kindertagesstätte abgemeldet oder gar nicht angemeldet werden, weil ihre Eltern von Transferinkommen leben oder Geringverdiener sind, ist nicht hinnehmbar. Der Bericht der Bürgerbeauftragten zeigt aber genau solche Beispiele auf. Dieses dürfen wir nicht hinnehmen, denn materielle Armut darf nicht zu Bildungsarmut führen. Mit der Einführung des kostenlosen dritten Kitajahres – für fünf Stunden täglich – ab Sommer 2009 ist es nicht

getan. Auch die Ankündigung der SPD, drei Jahre Beitragsfreiheit in ihr Wahlprogramm zu schreiben, hilft den Eltern, die heute hohe Kindergartenbeiträge zahlen müssen, nicht weiter. Eltern brauchen Taten, keine Wahlversprechen. ●



Mittelfristig muss die Kita für alle Kinder kostenlos werden.



Koalitionstheater - um 1 Jahr verlängert!

Die große Koalition in Schleswig-Holstein bietet ein Bild, das an Unwürdigkeit kaum noch zu überbieten ist. Wohl noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik haben sich Koalitionspartner derartig selbst demontiert und gegenseitig vor den Augen der Menschen der Lächerlichkeit preisgegeben. Wir haben dies zum Anlass genommen, ein Kasperle-Stück mit Originalzitate des Ministerpräsidenten Carstensen und des SPD-Fraktionsvorsitzenden Stegner aufzuführen.

Das Video findet ihr unter <http://tinyurl.com/kasperle>

Eine Viertelmillion Schusswaffen in Schleswig-Holstein – Kontrollen? Fehlanzeige!

Die Antwort auf unsere Kleine Anfrage „Waffenmissbrauch und Notfallpläne“ (Drs. 16/2624) brachte erschreckende Ergebnisse:

Schleswig-Holstein startet voller Waffen. 74.148 legale Waffenbesitzer mit 232.270 registrierten Waffen. Um was für Waffen es sich handelt und für welchen Zweck sie genutzt werden, ist der Landesregierung nicht bekannt. Zudem weiß niemand, wie viele illegale Waffen dazu kommen. Deutlich wird aber: Damit könnte man eine Armee ausrüsten.

Wir müssen die Debatte über die Beschränkungen des Waffenrechts offensiv führen. Die große Mehrheit der Menschen lehnt Waffen im Privathaushalt ab. Ein Ein-

knicken vor den Jäger- und Schützenverbänden ist nicht akzeptabel. Schließlich sind Waffen Tötungsinstrumente.



geralt-stanly-dezignus-shapes.pixelio.de



Vormerken:

Christa Goetsch: Schulreform in Hamburg

Bildungspolitisches Gespräch am 24. September 2009 im Landeshaus, Kiel.

Die Grüne Schulsenatorin berichtet über ihre Erfahrungen mit der Schulreform in Hamburg.

Weitere Infos ab September unter www.plietsch.sh



berlin-report

informationen der schleswig-holsteinischen bundestagsabgeordneten

Juli 2009

Auch nach der Entscheidung im Bundestag:

Kampf gegen die Fehmarnbelt-Querung geht weiter!

Mit der Entscheidung, die feste Fehmarnbelt-Querung trotz massiver Bedenken durch den Bundestag zu winken, spottete die große Koalition in Berlin nicht nur allen bisher bewährten demokratischen Gepflogenheiten, sie ignoriert in unverantwortlicher Weise die Interessen der deutschen Steuerzahler, riskiert die Umwelt nachhaltig zu schädigen und stellt dem deutschen Parlamentarismus ein Armutszeugnis aus.

Von Rainer Steenblock

Im Zuge der von mir initiierten Expertenanhörung im Verkehrsausschuss Anfang Mai wurde deutlich, wie groß die ökologischen Risiken, wie niedrig der ökonomische Nutzen und wie eklatant die Planungsmängel des Projektes nach wie vor sind. Dies bestätigte der Bundesrechnungshof eindrucksvoll. Er monierte, dass die derzeit vorliegenden Daten als Entscheidungsgrundlage für die Parlamentarier bei Weitem nicht ausreichen. Es stünde zu befürchten, dass sich die Kosten für die deutschen Hinterlandanbindungen auf 1,7 Milliarden Euro verdoppelt hätten. Auch die Förderung des Projekts durch die EU sei ungewiss. Insgesamt berge der Staatsvertrag erhebliche Risiken für künftige Haushalte und müsse dringend nachgebessert werden. Klarer geht es nicht: Neben den bestehenden ökologischen Risiken des Projekts droht die feste Fehmarnbelt-Querung zu einem Milliardengrab für den deutschen Steuerzahler und zu einer unkalkulierbaren Bedrohung der öffentlichen Haushalte zu werden.

Trotz dieser unmissverständlichen Worte des Rechnungshofes setzte die große

Koalition die abschließende Lesung des Gesetzesentwurfs - noch bevor das Protokoll der Anhörung vorlag - auf die Tagesordnung des Bundestages und führte damit jede bisher bewährte parlamentarische Praxis ad absurdum. Erst als Grüne und Umweltverbände massiv Kritik an diesem Vorgehen äußerten und sich die bundesweiten Medien zunehmend kritischer zu dem Projekt positionierten, setzten CDU und SPD den Punkt wieder kleinmütig von der Tagesordnung ab. Zwischenzeitlich reichten mehrere Umweltverbände Beschwerde bei der Europäischen Kommission ein. Obwohl sich darüber hinaus an der Datenlage seitdem rein gar nichts geändert hat, ließ die Koalition das Plenum am 18. Juni erneut über den Querungsbau abstimmen. Hierfür bestand keinerlei gesetzgeberische Notwendigkeit. Im Gegenteil: Eine Verschiebung der Entscheidung in die nächste Legislatur, wäre sinnvoll. Weitere - dringend benötigte - Untersuchungen zu den Projektrisiken hätten durchgeführt werden können.

In meiner Plenarrede habe ich das Vorgehen der Bundesregierung deutlich



kritisiert und unsere nach wie vor bestehende Ablehnung gegenüber dem Unsinnprojekt unmissverständlich dargelegt. Die Bundesregierung haben wir mit einem Entschließungsantrag aufgefordert, die Entscheidung über das Bauwerk in die nächste Legislatur zu verschieben - ohne Erfolg: Die Koalition winkte das Projekt gegen Grüne, Umweltverbände und Bundesrechnungshof durch. Mein Verdacht: Die Parlamentarier von CDU/CSU, SPD und FDP wollten gar nicht in die Lage versetzt werden, sich über die Sinnhaftigkeit des Projekts ein eigenes Bild machen zu können. Hierdurch wollten sie vermeiden, zu einem späteren Zeitpunkt Verantwortung für die Folgen für Umwelt und Bundeshaushalt übernehmen zu müssen. Das Vorgehen der Parlamentarier der Koalition ist nicht nur unverantwortlich, es stellt dem deutschen Parlamentarismus ein Armutszeugnis aus. Es bleibt dabei: Die Fehmarnbelt-Querung ist ökonomischer und ökologischer Wahnsinn. Dies werden wir der Großen Koalition auch weiterhin - zusammen mit Euch - klarmachen! Der Kampf geht also weiter!

Fachgespräch Green IT: Impulse für grüne Politik

Von *Grietje Staffelt*

Spätestens seit der CeBIT ist „Green IT“, also ökologische Informations- und Kommunikationstechnologie, in aller Munde. Beinahe täglich werden neue Eckdaten zum Energieverbrauch von Computer, Handy und Internet veröffentlicht. Teilweise werden auch mehr oder minder kuriose Vergleiche mit dem Energieverbrauch in anderen Branchen angestellt. Da heißt es dann zum Beispiel, die Informations- und Kommunikationstechnologie habe im Jahr 2007 mit rund 33 Millionen Tonnen einen höheren CO₂-Ausstoß als der gesamte innerdeutsche Luftverkehr verursacht. Oder es wird berechnet, dass eine Google-Anfrage genauso viel Strom verbraucht wie eine Energiesparlampe in einer Stunde.



*Grietje Staffelt,
medienpolitische Sprecherin
Bündnis 90/Die Grünen*

Tatsache ist, dass der durch Informations- und Kommunikationstechnologie bedingte Stromverbrauch in Deutschland von 38 Terawattstunden (TWh) im Jahr 2001 auf 55 TWh im Jahr 2007 gestiegen ist und auch weiter steigen wird. Diese Entwicklung ist für uns Grüne natürlich besorgniserregend. War man doch bisher der Meinung, dass die neuen Technologien unsere Kommunikation ökologischer gestalten würden: Videokonferenzen sollten Flugreisen ersetzen und E-Mails den Papierwust in Büros eindämmen. Jetzt aber sieht es so aus, als habe der ökologische Fortschritt, den diese Technologien bringen sollten, auch Schattenseiten.

Für uns ist entscheidend, dass die Debatte um „Green IT“ nicht nur um den Energieverbrauch der Geräte und



der Infrastruktur kreist. Energieeffizienz ist sicher ein wichtiger Teil des Themas. Durch die steigenden Energiekosten kann man die Menschen auf diesem Wege für das Thema sensibilisieren. Aber nachhaltige Informations- und Kommunikationstechnologie muss aus grüner Sicht den gesamten Lebenszyklus der Produkte umfassen.

Auch der Rohstoffeinsatz und die Energiebilanz bei der Herstellung gehören auf den Prüfstand. Wie werden die Rohstoffe und Materialien für PCs, Laptops, Server und Handys gewonnen und hergestellt? Sind es seltene Rohstoffe? Giftstoffe? Wo und unter welchen Bedingungen für Menschen und Umwelt werden sie abgebaut? Wie sind die Arbeitsbedingungen in der weiteren Produktionskette? Wie sieht es am anderen Ende des Produktzyklus, bei Entsorgung und Recycling aus? Dies sind alles Fragen, die Verbraucherinnen und Verbraucher nicht unmittelbar betreffen, aber nicht ausgeblendet werden dürfen und dringend auf die politische Agenda gehören.

Erste Lösungsansätze wurden im Mai, bei unserem Fachgespräch „Green IT = fair und nachhaltig?“ diskutiert. Hier wurde schnell klar, dass sich viele der formulierten Forderungen an Wirtschaft und Politik mit grünen Positionen decken.

Als dringender Schritt wurde von Experten und Gästen die schnellstmögliche Einführung einer einheitlichen und wenn möglich verpflichtenden Kennzeichnung von nachhaltigen IT-Produkten angesehen. Die oben aufgeworfenen Fragen von Rohstoffgewinnung, Verarbeitung und Recycling sollen bei der nachhaltigen Klassifizierung ausdrücklich mit einbezogen werden. Wichtig hierbei vor allem: die Kennzeichnung muss verständlicher und übersichtlicher werden. Nur dann kann sie auch dazu beitragen, ein öffentliches Bewusstsein für mehr Nachhaltigkeit in diesem Bereich zu schaffen. Darüber hinaus müssen die Kriterien für die Kennzeichnung nicht nur transparent und nachvollziehbar sein, sie müssen auch dynamisch dem technischen Fortschritt angepasst werden.

Die Politik - national wie international - ist klar gefordert, für eindeutige Umwelt- und Arbeitsstandards bei Produktion und Recycling von IT-Produkten zu sorgen und deren Einhaltung zu überwachen. Neben diesem deutlichen Auftrag an die verschiedenen politischen Ebenen stehen auch die Unternehmen in der Pflicht. Vorhandene Technik und Ansätze zur Serienreife müssen schnell auf dem Markt gebracht werden. Green IT nutzt

niemandem, solange sie lediglich auf Messen als Innovationsnachweis ausgestellt wird. Qualität und verbesserte Möglichkeiten, neue Hard- und Software auch auf älteren Rechnern zu nutzen, sind ebenfalls Faktoren, die durch einen deutlich verlängerten Lebenszyklus der Geräte zur Nachhaltigkeit in der Informationstechnologie beitragen können. Dass daneben die Verbraucherinnen und Verbraucher, und auch Nichtregierungsorganisationen aktiv werden müssen, um den Druck auf die Hersteller zu erhöhen, ist zwingend erforderlich. Sie dürfen aber mit dem Themenkomplex nicht allein gelassen werden. Wir wollen Green IT in diesem Sinne auf die gesellschaftliche und politische Agenda zu bringen. Green IT in seiner umfassendsten Bedeutung muss eine Selbstverständlichkeit werden. ●

Wahlkreisbüro Grietje Staffelt

Claudia Prehn
Fabian Frei
Im Brauereiviertel 5, 24118 Kiel
Telefon 0431 5578262
Telefax 0431 5578224
grietje.staffelt@wk.bundestag.de

Bundestagsbüro

Tanja Bergmann
Niklas Rößler
Sarah Elze
Anna Lena Aldag
Unter den Linden 50, 10117 Berlin
Telefon 030 227-75052
Telefax 030 227-76051
grietje.staffelt@bundestag.de

▶ www.grietje.de

Wahlkreisbüro Rainer Steenblock

Barbara Laubheimer
Thorsten Berndt
Damm 48, 25421 Pinneberg
Telefon 04101 553987
Telefax 04101 553986
rainer.steenblock@wk.bundestag.de

Bundestagsbüro

Manuela Siebert
Irene Hahn
Jörn Pohl
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon 030 227-72056
Telefax 030 227-76056
rainer.steenblock@bundestag.de

▶ www.rainer-steenblock.de

Liebe Freundinnen und Freunde,

Ihr haltet mit dieser Ausgabe unseren letzten Berlin-Report in der Hand. Die nächste Ausgabe wird erst nach der Bundestagswahl erscheinen - und mit viel Rückenwind dann vielleicht sogar von drei schleswig-holsteinischen Abgeordneten!

Deshalb möchten wir uns an dieser Stelle von Euch verabschieden - und freuen uns gleichzeitig darauf, mit Euch und unseren SpitzenkandidatInnen einen lebendigen und erfolgreichen Wahlkampf zu führen!

**Eure Grietje,
Euer Rainer**

Politische Bildungsreise für Ehrenamtliche

Vom 5.-7.10.09 findet meine letzte politische Bildungsreise nach Berlin statt. Diese Reise möchte ich denjenigen Gruppen widmen, die sich in ihrer Freizeit ehrenamtlich für gesellschaftliche Belange einsetzen, z. B. für Umweltschutz, Naturschutz, Soziales, Jugend etc.

Wenn Ihr eine solche Gruppe kennt oder einer angehört: Bitte meldet Euch im Wahlkreisbüro bei Claudia Prehn (siehe Kontaktkasten), die Euch Details mitteilen kann. Die Fahrt ist für die Teilnehmenden kostenlos.



Herzlichst, Eure

Deutsch-Moldauische Beziehungen stärken

rs In Moldau zeigen die Proteste nach den Parlamentswahlen vom 5. April den tiefen Zwist um die Zukunft des Landes. Die dortige Situation in Richtung demokratischer Reformen zu stabilisieren liegt in unserem Interesse. Denn auch was jenseits der EU-Ostgrenze passiert, hat für uns direkte Folgen. Was kann Deutschland, was die EU machen? Ein wichtiger Schritt ist, die Republik Moldau einer größeren deutschen Öffentlichkeit näher zu bringen und die Beziehungen zwischen beiden Ländern weiter zu vertiefen. Dieses Ziel hat sich das auf meine Initiative hin am 26. März im Berliner Reichstagsgebäude gegründete Deutsch-Moldauische Forum gesetzt.

Mit Angela Brinza aus der Republik Moldau habe ich Mitte März für fünf Monate eine fachkundige Unterstützung bei der Etablierung des Forums bekommen. Angela hat in Moldau Germanistik studiert und ist derzeit in Berlin Stipendiatin des Internationalen Parlamentsprogramms des Bundestags.



Ute Kordes, Vorstandsmitglied des Vereins „Geschenke der Hoffnung“, und Angela Brinza tauschten sich über die aktuelle Lage und über Ausbildungsprojekte für Waisenkinder in der Republik Moldau aus.

Dass auch in Schleswig-Holstein Hilfe für Moldau geleistet wird, erfuhr Angela bei einem Abstecher in den Kreis Pinneberg.

